



## **Bewerbung als Modellregion für die Legalisierung von Cannabis**

Das Bundesgesundheitsministerium hat Eckpunkte eines 2-Säulenmodells zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene vorgelegt. Der entsprechende Gesetzentwurf zu einem regionalen Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten (Säule-2) wurde vom Bundestag am 18.10.2023 debattiert und zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen. Er gibt die Richtung vor, wie die Verwirklichung des Modellprojektes in Kommunen aussehen wird.

Die Verwaltung sollte bereits vor Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs mit Beteiligten in Kontakt treten, um sich über Personalkapazitäten und andere technische Fragen auszutauschen. Zudem sollten schon jetzt Überlegungen zu geeigneten Maßnahmen für den Jugendschutz gemacht werden. Dies und die Bewerbung als Modellregion werden Ressourcen binden, darauf sollte sich die Verwaltung einstellen und erste Vorbereitungen treffen. Bereits jetzt haben viele andere Städte und Kreise angekündigt, sich um die Teilnahme am Modellversuch zu bewerben – unter anderem Flensburg, München, Köln, Münster, Frankfurt a.M., Bremen und Offenbach.

Die Anzahl der am Modellprojekt teilnehmenden Kommunen und Kreise ist begrenzt. Um nicht ins Hintertreffen gegenüber anderen Regionen und Städten zu geraten, sollte zeitnah nach Veröffentlichung des Gesetzentwurfs eine Bewerbung in die Wege geleitet werden.

Die Legalisierung von Cannabis ist ein längst überfälliger Schritt, der nicht nur den verantwortungsvollen Konsum fördert, sondern auch dazu beiträgt, Suchtkranken eine angemessene Behandlung zu ermöglichen, anstatt sie als Kriminelle zu stigmatisieren. Durch den kommerziellen Verkauf wird zudem der illegale Drogenhandel erheblich eingedämmt, wodurch das Gesundheitsrisiko durch verunreinigte Substanzen reduziert wird. Zudem würde durch die kontrollierte Abgabe der Jugendschutz wesentlich gestärkt werden - der Schwarzmarkt fragt nicht nach dem Ausweis. Es kann mit erheblichen Mehreinnahmen durch dadurch erhobene Steuern gerechnet werden.

Gerade Stormarn ist aus mehreren Gründen als Modellregion geeignet. Hier lässt sich erproben, wie sich die Legalisierung auf die Grenzregion einer Großstadt auswirken würde. Unser Kreis kann hier einen wichtigen Beitrag zu einer bundesweiten Reform leisten.

Vor diesem Hintergrund beantragt unsere Fraktion:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die zuständigen Behörden aufzufordern, dem Bundesministerium für Gesundheit sowie dem Beauftragten der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen das Interesse des Kreis Stormarn "Modellregion im Rahmen der Säule 2 Regionales Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten" des Cannabis-Eckpunktepapiers der Bundesregierung zu werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bewerbung als Modellregion für die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene vorzubereiten. Sobald die rechtlichen Rahmenbedingungen feststehen und Stormarn die Bedingungen erfüllt, wird eine entsprechende Beschlussvorlage dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Sondierungsgespräche mit geeigneten Partnern zu führen und bei Bedarf entsprechende Kapazitäten beim Gesundheitsamt zu schaffen. Gleichzeitig sollen Maßnahmen zum Jugendschutz und zur Prävention erarbeitet werden. Mittel hierzu sind beim Land einzufordern.
4. Um als Modellregion erfolgreich zu sein, ist eine regelmäßige Evaluation wichtig. Die Verwaltung setzt sich dafür ein, regelmäßig einen Suchtbericht zu veröffentlichen, der als Grundlage für das weitere Vorgehen dient.

Ute Wocker  
Heidi Beutin  
Oliver Mende

FRAKTION Freie Wähler / Die Linke.